

Jan Christian Kockrow

Dingliche Sicherungsrechte in grenzüberschreitenden Restrukturierungen

Die Wirkung von Art. 8 EuInsVO auf die Behandlung von
Sicherungsrechten am Beispiel des Insolvenzplans



Nomos

Schriften zur Restrukturierung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stephan Madaus

Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser

Prof. Dr. Christoph G. Paulus, LL. M.

RA Wolfgang Zenker

Band 21

Jan Christian Kockrow

Dingliche Sicherungsrechte in grenzüberschreitenden Restrukturierungen

Die Wirkung von Art. 8 EulnsVO auf die Behandlung von
Sicherungsrechten am Beispiel des Insolvenzplans



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Halle-Wittenberg, Univ., Diss., 2022

u.d.T.: Dingliche Sicherungsrechte in grenzüberschreitenden Restrukturierungen nach der Europäischen Insolvenzverordnung – Die Wirkung von Art. 8 EuInsVO auf die Behandlung von Sicherungsrechten und -interessen bei grenzüberschreitenden Restrukturierungen am Beispiel des Insolvenzplans

ISBN 978-3-7560-0279-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-3167-6 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Familie

Vorwort

Die Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat die vorliegende Abhandlung im Sommersemester 2022 als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde vor der Veröffentlichung noch auf Grundlage der beiden Gutachten überarbeitet. Die Arbeit befindet sich damit auf dem Stand von Juni 2022.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Stephan Madaus, der die Anregung für die vorliegende Arbeit gab und durch seine effiziente Betreuung und hervorragende Unterstützung zu ihrem zügigen Abschluss beitrug. Diese Betreuung war stets geprägt von großem Interesse an meiner Arbeit und menschlicher Zugewandtheit. Mein Dank gilt auch Frau Professorin Dr. Caroline Meller-Hannich für die Begutachtung der Arbeit als Zweitgutachterin.

Ferner möchte ich mich für die Unterstützung und Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung herzlichst bedanken.

Für die Aufnahme in diese Schriftenreihe bedanke ich mich bei Herrn Professor Dr. Stephan Madaus, Frau Professorin Dr. Bettina Nunner-Krautgasser, Herrn Professor Dr. Christoph Paulus und Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Zenker. Herrn Professor Dr. Christoph Paulus gilt darüber hinaus mein großer Dank, durch seine Vorlesungen das Insolvenzrecht kennengelernt, meine Begeisterung für diese Materie entscheidend mitgeprägt und mich auf diesem Weg stets begleitet zu haben.

Schätzenswert und hilfreich waren für mich der Zuspruch und die tatkräftige Hilfe meiner Verwandten und Freunde, deren Verständnis und emotionale Unterstützung mich während der Entstehung dieser Arbeit begleitet und getragen hat. Schließlich bedanken möchte ich mich bei meiner Freundin Lara Andermann, die mir seit Beginn der Promotion liebe- und verständnisvoll zur Seite steht.

Berlin, im Juli 2022

Jan Christian Kockrow

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einführung	25
A. Einleitung	25
B. Problemstellung	28
C. Gang der Untersuchung und inhaltlicher Überblick	31
Erster Teil: Die Europäische Insolvenzverordnung als supranationale Antwort auf die zunehmende Globalisierung in der Kreditsicherung	34
A. Politische und historische Entstehungsgeschichte	35
I. Internationales Insolvenzrecht vor den sechziger Jahren	35
II. Supranationale Modelle	36
1. Europäisches Übereinkommen über Insolvenzverfahren vom 23.11.1995	40
2. Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren	41
3. UNCITRAL Model Law on Cross-border Insolvency	43
4. Richtlinie (EU) Nr. 2019/1023 über präventive Restrukturierungsrahmen	46
5. Schlussfolgerungen aus der europäischen Entstehungsgeschichte	47
III. Deutsches Internationales Insolvenzrecht	48
1. Regelungsgegenstand des internationalen Insolvenzrechts	52
2. Prinzipien des deutschen (inter-)nationalen Insolvenzrechts	53
3. Rolle des deutschen internationalen Insolvenzrechts seit Inkrafttreten der EuInsVO	56

Inhaltsverzeichnis

B. Die Europäische Insolvenzverordnung und die supranationale Auslegung	59
I. Anwendungsbereich der Europäischen Insolvenzverordnung	60
1. Sachlicher Anwendungsbereich	61
2. Lokaler (räumlicher) Anwendungsbereich und grenzüberschreitender Bezug	63
a) Anforderungen an den Mitgliedstaatenbezug	64
b) Qualität des grenzüberschreitenden Sachverhalts	64
c) Anwendbarkeit im Falle eines Drittstaatenbezugs	66
d) Zwischenergebnis	67
3. Persönlicher Anwendungsbereich	68
4. Zeitlicher Geltungsbereich	70
5. Unternehmensinsolvenzen im Anwendungsbereich der EuInsVO in Deutschland	70
II. Auslegungsregeln von Verordnungen und Rechtsfortbildung in der EU	72
1. Auslegung von Unionsrecht	73
2. Prinzipien des Europäischen Insolvenzrechts	75
a) Gewährleistung effizienter und effektiver grenzüberschreitender Verfahren	76
b) Einheitsprinzip und „modifizierte“ Universalität	77
aa) Prinzip des einheitlichen und exklusiven Verfahrens trotz Pluralität	79
bb) Gläubigergleichbehandlung und möglichst weitgehende Gläubigerbefriedigung	80
c) Gegenseitiges Vertrauen als Grundlage	82
3. Hilfsmittel zur Auslegung	83
III. Prämissen zur Auslegung der Europäischen Insolvenzverordnung	84
IV. Sicherungsinteressen unter dem Einfluss der EuInsVO	86
1. Rechtsstellung der Gläubiger	87
2. Gläubigerziele und Sicherungsbedürfnisse	88
3. „Kriterium des Gläubigerinteresses“ im Plan	91
4. Vorteile eines Wechsels des Belegenheitsstaates	91
C. Zusammenfassung der Ergebnisse	93

Zweiter Teil: Der Schutz von dinglichen Rechten an außerhalb des Verfahrensstaats belegen Gegenständen im Falle der Zerschlagung des Geschäftsbetriebes	96
A. Dingliche Rechte und gleichgestellte Rechte im Sinne der EuInsVO	97
I. „Mindestcharakteristika“ und Katalog des Abs. 2	98
II. Zeitliche Komponente	104
III. Örtliche Komponente	106
IV. Bedeutung des Vorbehalts der Nichtigkeit sowie der Anfechtbarkeit in Absatz 4	109
V. Zusammenfassung der Tatbestandsvoraussetzungen	110
B. Die Wirkung des Art. 8 EuInsVO und seine kollisionsrechtliche Bedeutung	111
I. Wesensgehalt des Kreditsicherungsrechts und die europäische Problematik	113
II. Ratio legis des Art. 8 EuInsVO	115
III. Sekundärinsolvenzverfahren als Tor zum Insolvenzrecht des Belegenheitsstaats	119
1. Erfordernis einer Niederlassung	121
2. Zusicherung zur Vermeidung von Sekundärinsolvenzverfahren	122
3. Vorschlag von Sanierungsplänen	124
4. Kritik	125
IV. Die Wirkung von Art. 8 Abs. 1 EuInsVO auf Sicherungsrechte an im Ausland belegen Gegenständen im Falle der Zerschlagung des Unternehmens	125
1. Kollisionsrechtlicher Ansatz	127
2. Sachnormrechtlicher Ansatz	128
3. Stellungnahme	130
a) Wortlautauslegung	131
b) Historischer Kontext	132
c) Systematik	133
d) Telos	135
e) Streitentscheid	139
V. Schlussfolgerungen im Falle der Zerschlagung des Geschäftsbetriebes	141
1. Zulässigkeit der Sicherheitenverwertung	141
2. Überschuss und Ausfall bei der Sicherheitenverwertung	144
3. Ablösung des dinglichen Rechts	145

Inhaltsverzeichnis

4. Einfluss auf Vollstreckungsverfahren	146
C. Zusammenfassung der Ergebnisse	146
Dritter Teil: Sachdienlichkeit einer Differenzierung zwischen Zerschlagung, Sanierung und Gesamtverwertung des schuldnerischen Geschäftsbetriebes sowie ökonomische Analyse der Insolvenzfestigkeit von dinglichen Rechten	150
A. Rechtfertigung für eine Differenzierung zwischen der Zerschlagung im Liquidationsverfahren und der Fortführung des Geschäftsbetriebes in Liquidations- bzw. Sanierungsverfahren	153
I. Unterschiedliche Zielsetzung als Ausgangspunkt	153
II. Intensität des Eingriffs in die Rechtspositionen	154
III. Selbständige Verfahrensarten	155
IV. Erfordernis der Kooperation in der Unternehmenssanierung	156
V. Zwischenergebnis	157
B. Die Insolvenzfestigkeit der Sicherungsrechte als Ausgangspunkt	157
I. Begriffsklärung	157
II. Begründung des Schutzes der Sicherungsnehmer aus der Eigentumsgarantie	158
III. Vorrangstellung aufgrund Privatautonomie	159
IV. Einschränkung von dinglichen Rechten zugunsten der Gläubigergleichbehandlung	160
C. Gesetzesfolgenbestimmung anhand ökonomischer Aspekte	161
I. Ökonomische Bedeutung des Insolvenzrechts	162
II. Ökonomische Analyse des Schutzes von Sicherungsrechten	163
1. Effizienz der Insolvenzfestigkeit	163
a) Modelle zur Bestimmung einer effizienten Ressourcenallokation	165
b) Exkurs zur quantitativen Ökonomischen Folgenprognose und Folgenbewertung	168
2. Haftungsverwirklichung und Unternehmenserhaltung als Widerspruch?	170
III. Ökonomische Aspekte in Bezug auf Verfahrenspluralität	173
1. Die vis attractiva concursus als ökonomisches Werkzeug	173
2. Verfahrenspluralität als Hindernis	173

IV. Zerschlagungs-, Fortführungs- und Reorganisationswert als Entscheidungshilfe	175
V. Kritik an der Ökonomischen Analyse	180
C. Zusammenfassung der Ergebnisse	180
Vierter Teil: Der Schutz von dinglichen Rechten an außerhalb des Verfahrensstaats belegenen Gegenständen in grenzüberschreitenden Restrukturierungen am Beispiel des deutschen Insolvenzplans	
183	
A. Die kollisionsrechtliche Einordnung des deutschen Insolvenzplans in das grenzüberschreitende Insolvenzverfahren nach der EuInsVO	185
I. Der deutsche Insolvenzplan als fakultatives Sanierungsinstrument	186
1. Arten des Insolvenzplans (Exkurs)	186
2. Absonderungsberechtigte Gläubiger von außerhalb des Verfahrensstaats belegenen Gegenständen als Planbeteiligte und deren Einteilung in Gläubigergruppen	193
3. Planinhalt	195
a) (Un-)Mittelbare Beeinträchtigungen von dinglichen Rechten	196
b) Obstruktionsverbot und Minderheitenschutz	199
II. Anerkennung und Wirkungserstreckung der gerichtlichen Bestätigungsentscheidung eines deutschen Insolvenzplans nach der EuInsVO	201
III. Umsetzung von materiell-rechtlichen Regelungen des Insolvenzplans	206
IV. Konsequenzen für den Insolvenzplan im supranationalen Kontext	209
B. Der Schutz von dinglichen Rechten an im Ausland belegenen Gegenständen im Rahmen eines deutschen Insolvenzplans	211
I. Zulässigkeit der gerichtlichen Planbestätigung bei Zustimmung des betroffenen Gläubigers zur Beschränkung des Sicherungsrechts trotz Art. 8 Abs. 1 EuInsVO	212

Inhaltsverzeichnis

II. Reichweite des Art. 8 Abs. 1 EuInsVO bei fehlender Zustimmung des Sicherungsrechtinhabers zur Beschränkung des dinglichen Rechts im Plan	214
1. Verkennung der Bedeutung des Rechtsstreits durch die strenge Sachnormtheorie	215
2. Meinungsstand in der Literatur	216
a) Anwendbarkeit der lex fori concursus	217
b) Anwendbarkeit der lex fori concursus nach Maßgabe der lex rei sitae	219
c) Unanwendbarkeit der lex fori concursus sowie lex rei sitae	222
d) Differenzierende, unentschlossene Ansichten in der Literatur	224
III. Auslegung nach europarechtlichen Grundsätzen	225
1. Wortlautauslegung	226
2. Systematische Auslegung	228
a) Verschiedene Wortlaute der Normen des „inneren Systems“	228
b) Insolvenzplan als Akt der Verfahrensbeendigung	230
aa) Maßnahmen im Eröffnungsverfahren	232
bb) Maßnahmen im Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens	237
cc) Maßnahmen zur Durchführung oder Beendigung des Verfahrens	238
c) Hypothetische Annahme des Antrages auf Eröffnung eines Sekundärverfahrens	238
d) Richtlinie 2001/24/EG über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten	239
e) Zwischenergebnis	241
3. Historische Auslegung	241
4. Teleologische Auslegung	245
a) Insolvenzzimmunität als rechtsfremdes Prinzip	245
b) Charakter als Vertrauensnorm	247
c) Rechtsvergleichende Aspekte	251
aa) Germanischer Rechtskreis	252
bb) Common Law System bzw. anglo-amerikanischer Rechtskreis	253
cc) Römischer Rechtskreis	255
dd) Mischsysteme sowie ehemals sozialistische regierte Staaten	258

ee) Zwischenergebnis	260
d) Der deutsche Insolvenzplan als gläubigerautonomes Instrument	261
e) Effektivität der Restrukturierungsrichtlinie (richtlinienkonforme Auslegung)	265
f) Unionsrechtliche praktische Wirksamkeit (effet utile)	267
g) Verstoß gegen das Prinzip der Gleichbehandlung	268
h) Eröffnung eines Sekundärverfahrens zur Einbeziehung ausländischer Rechte	270
5. Stellungnahme	275
a) Kritik am Verständnis einer Insolvenzzimmunität	279
b) Fortführung als Maßnahme im Laufe oder zur Beendigung des Verfahrens	282
c) Rechtliche Zulässigkeit einer differenzierten Handhabung	284
IV. Ordre public – Vorbehalt als Korrektiv	286
1. Ordre public am Beispiel des deutschen Insolvenzplans	287
2. Beeinträchtigungen aufgrund volkswirtschaftlicher und politischer Ziele	292
V. Einfluss auf Vollstreckungsverfahren	296
VI. Abgrenzung zum Gruppen-Koordinationsplan in Art. 72 Abs. 1 lit. b) EuInsVO	299
VII. Zusammenfassung	301
C. Änderungsvorschläge de lege ferenda	303
I. Meinungsstand in der Literatur	303
1. Sonderzuständigkeitsregeln für Sanierungsverfahren	304
2. Uneingeschränkte Anwendung der lex fori concursus	305
3. Uneingeschränkte Anwendung der lex rei sitae	305
4. Kumulationslösungen	307
5. Trennbarkeit von Verwertungs- und Verteilungsfragen	308
6. Einordnung des dinglichen Rechtes als Ab- oder Aussonderungsrecht	310
II. Bewertung der Entwicklung	311

Inhaltsverzeichnis

Fünfter Teil: Befugnisse des Verwalters im Hauptinsolvenzverfahren und Gestaltungsmöglichkeiten der dinglichen Gläubiger im Falle eines grenzüberschreitenden Bezugs	314
A. Befugnisse eines Verwalters im Hauptverfahren	314
I. Sicherungsmaßnahmen vor der Eröffnung des Verfahrens	315
II. Herausgabeklage gegen dingliche Gläubiger	317
III. Ablösung des Sicherungsrechts	318
IV. Verwertung im Zerschlagungsverfahren	318
V. Herausgabeverweigerungsrecht des Verwalters und Vollstreckungssperre	320
VI. Benutzungsrecht des Sicherungsguts	321
VII. Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens	322
VIII. Abgabe einer Zusicherung zur Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens	323
IX. Antrag auf Aussetzung der Verwertung im Sekundärinsolvenzverfahren	324
X. Umwandlung von Sekundärinsolvenzverfahren	325
XI. Vorschlagsrecht von Sanierungsplänen im Sekundärinsolvenzverfahren	325
B. Gestaltungsmöglichkeiten der Gläubiger	326
I. Rechtshandlungen vor der Eröffnung des Verfahrens	326
II. Stellen eines Antrages auf Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens	327
III. Anmeldung von Forderungen und Geltendmachung des Sicherungsrechts	327
IV. Sicherheitenverwertung und Auskehr des Übererlöses im Falle der Zerschlagung des schuldnerischen Geschäftsbetriebes	329
V. Bestimmen des anwendbaren Insolvenzrechts bei Sicherheitenvereinbarung	329
VI. Stellen eines Antrags auf Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens	330
VII. Ablehnung der Zusicherung des Verwalters im Hauptinsolvenzverfahren zur Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens	332
VIII. Verweigerung der Zustimmung einer Beschränkung der dinglichen Rechte	333
IX. Schadensersatzansprüche des Sicherungsnehmers	333

Inhaltsverzeichnis

Sechster Teil: Ergebnisse der Untersuchung und Ausblick	335
A. Zusammenfassung des Regelungsgehalts	335
B. Art. 8 Abs. 1 EuInsVO de lege ferenda	339
C. Ausblick	341
Literaturverzeichnis	345

Abkürzungsverzeichnis

aA	andere Ansicht
abg.	abgedruckt
aE	am Ende
aF	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt (der Europäischen Gemeinschaften / Europäischen Union)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AG	Aktiengesellschaft
	Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz vom 6. September 1965, BGBl. I S. 1089)
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landgericht
BB	Betriebsberater
Begr.	Begründung
Beschl.	Beschluss
ber.	Berichtigt
Bespr.	Besprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch, idF der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002, BGBl. I S. 42 (ber.: S. 2909 und BGBl. I 2003, S. 738)
BGBl. I bzw. II	Bundesgesetzblatt Teil I bzw. Teil II
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache

Abkürzungsverzeichnis

Brüssel Ia-VO	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung, Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 12. Dezember 2012, ABl. L 351, S. 1-32 (auch EuGVVO genannt)
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
dh	das heißt
dies.	dieselben
Diss. iur.	juristische Dissertation
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, idF der Bekanntmachung vom 21. September 1994, BGBl. I S. 494 (ber.: BGBl. I 1997 S. 1061)
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994, BGBl. I S. 2911
EGV (EUV)	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (früher der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) vom 25. März 1957, BGBl. II S. 766, idF durch den Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001, BGBl. II S. 266
EGZPO	Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung vom 30. Januar 1877, RGBl. S. 244
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EInsO	Entwurf zur Insolvenzordnung
etc	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUInsÜ	Europäisches Übereinkommen über Insolvenzverfahren (EuInsÜ) vom 23. November 1995

EuInsVO	Europäische Verordnung über Insolvenzverfahren, Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates über Insolvenzverfahren vom 20. Mai 2015, ABl. (EU) 2015 L 141/19
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum; Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 2. Mai 1992, BGBl. II 1993 S. 267, 1294
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgend
ff.	folgende
FK-InsO	Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt (des EuGH)
gem.	gemäß
GesellschaftsR	Gesellschaftsrecht (Fußnoten)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, BGBl. S. 1
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20. April 1892, RG-Bl. S. 477, idF der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898, RGBl. S. 846
GmbHR	GmbH-Rundschau
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
Handb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897, RGBl. S. 219
HK-InsO	Heidelberger Kommentar zur Insolvenzordnung
Hrsg./Hg.	Herausgeber

Abkürzungsverzeichnis

idF	in der Fassung
iE	im Ergebnis
iSd	im Sinne des / der
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
InsO	Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994, BGBl. I S. 2866
InsR	Insolvenzrecht (Fußnoten)
IPR	Internationales Privatrecht (Fußnoten)
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
Jura	Jura / Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen-Zeitung
Kap.	Kapitel (Fußnoten)
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KO	Konkursordnung vom 10. Februar 1877, RGBL. S. 351, idF der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898, RGBL. S. 612, aufgehoben mit Wirkung vom 1. Januar 1999.
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)
m.Anm.	mit Anmerkung
mwN	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
ModG	Modellgesetz
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen vom 23. Oktober 2008, BGBl. I S. 2026
MüKo	Münchener Kommentar

nF	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
RegE	Regierungsentwurf (Fußnoten)
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RGBl. I bzw. II	Reichsgesetzblätter Teil I bzw. Teil II
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnis anzuwendende Recht vom 17. Juni 2008, Verordnung (EG) Nr. 593/2008, ABl. (EU) Nr. L 177/6.
Rom II-VO	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 11. Juli 2007, Verordnung (EG) Nr. 864/2007, ABl. (EU) Nr. L 199/40.
Rs.	Rechtssache (Aktenzeichen für Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs)
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite im Zusammenhang mit Gesetzesangaben Satz
SachenR	Sachenrecht (Fußnote)
Slg.	Sammlung (Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs)
sog.	sogenannt
st.	ständige
Syst. Darst.	Systematische Darstellung

Abkürzungsverzeichnis

ua	unter anderem
Übers(.)	Übersicht
umstr.	Umstritten
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law (deutsch: Die Kommission der vereinten Nationen für internationales Handelsrecht)
Unterabs.	Unterabsatz
v.	versus (bei englischen Gerichtsentscheidungen) vor (bei Gesetzesangaben)
VertragsR	Vertragsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb./Vorbem.	Vorbemerkung
zB	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das Gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung, idF der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005, BGBl. I S. 3202 (ber.: BGBl. I 2006 S. 431 und BGBl. I 2007 S. 1781)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Wegen der übrigen Abkürzungen vergleiche die Zusammenstellung bei: *Kirchner, Hildebert / Butz, Cornelia*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Auflage, Berlin/Boston 2018.